

Antwort per E-Mail am 17.6.2010-12-03

Sehr geehrte Frau von Braun,

wir danken für Ihre Mail vom 10. Juni. Ich beantworte Sie stellvertretend für Herrn Kurth als zuständigen Abgeordneten und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wir teilen die Kritik an der Ausgestaltung des SGB II. Auch wir weisen schon seit 2007 darauf hin, dass die Bedarfsermittlung sowohl bei den Regelsätzen als auch bei anderen Bedarfen willkürlich erfolgt ist, oder wie es am 9. Februar das Bundesverfassungsgericht gesagt hat, "ins Blaue hinein" geschätzt ist. Wir gehen davon aus, dass die Regelsätze erheblich angehoben werden müssen und zwar sowohl für Erwachsene, als auch für Kinder und Jugendliche. Das können Sie folgenden aktuellen Antrag entnehmen:

http://www2.markus-kurth.de/uploads/100209_antrag_regelsaetze_final.pdf

In einer Anhörung zu diesem Antrag, die gerade stattgefunden hat, wurde unseren Einschätzungen von allen Expertinnen und Experten zugestimmt.

Bündnis 90/Die Grünen streben eine Individualisierung aller Ansprüche an, und damit genau wie Sie eine Überwindung der derzeitigen Bedarfsgemeinschaft. Das ist auch grüne Programmlage. Eine "Unterhaltsvermutung" allerdings besteht im SGB II de jure schon heute nicht, auch wenn die Jobcenter dies de facto zu einem nicht geringen Teil anders handhaben. Durch höchstrichterliche Rechtssprechung ist schon heute festgehalten worden, dass von einer Einstandsgemeinschaft erst bei Vorliegen ganz erheblicher Anhaltspunkte wie z.B. gemeinsamer Kontoführung oder dem Vorhandensein gemeinsamer Kinder im Haushalt ausgegangen werden kann. Nicht ausreichend ist ein Zusammenleben auf WG-Niveau, selbst wenn vorübergehend Liebesbeziehungen bestehen. Auch die berühmten zwei Zahnbürsten in einem Zahnputzbecher sind nicht ausreichend. Allerdings sollte diese Rechtslage deutlicher werden und im SGB II ausdrücklich kodifiziert werden.

Zum Fallmanagement und zur Leistungsgewährung in der Vermittlung von Maßnahmen möchte ich auf einen weiteren Antrag hinweisen:

http://www.pothmer.de/cms/themen/dokbin/259/259333.rechte_von_arbeitssuchenden_staerken_kom.pdf

Viele Grüße
Börje Wichert

Börje Wichert
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Markus Kurth MdB
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sozialpolitischer Sprecher
Dorotheenstr. 101
10117 Berlin
Tel. 030-227-71969
Fax 030-227-76966